

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen

Erscheint Werktag nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.  
Bezugspreis: Monatlich 5000 Mark. Einzelne Nummern 200 Mark.  
Herausgeber: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.  
Postgeschäftsamt Dresden Nr. 2486.



Ankündigungen: Die 32 mm breite Gründzile oder deren Raum im Anfangsblatt 400 M., die 66 mm breite Gründzile oder deren Raum im mittleren Zette 800 M., unter Eingesch. 1000 M. Vermögensauf Familien- u. Geschäftsanzeigen.  
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtag-Berichte, Befehlungen der Verwaltung der Staatschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabschluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplatten auf den Staatsforstrevieren.

Berantwortlich für die Redaktion: Hauptherausleiter Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 114

Freitag, 18. Mai

1923

## Rein deutscher Schritt vor Pfingsten.

Noch keine endgültigen Beschlüsse der Reichsregierung.

Berlin, 17. Mai.

Die erste Zusammenkunft der Minister nach Eingang der weiteren Antworten auf die deutsche Note vom 2. d. R. hat am Dienstag stattgefunden. Sie diente einer unverbindlichen Ausprache, die zu endgültigen Beschlüssen selbstverständlich nicht führen konnte. Die Versprechungen gehen weiter. Auch noch ihrem heutigen Stande ist eine neue Aktion der Reichsregierung für die nächsten Tage nicht zu erwarten. Es bedarf nicht besonderer Betonung, daß die Antwortnoten eine fortäßige Behandlung erfordern, die sich ebenso von unmittelbarer Beiderleiheit wie von Überprüfung freihalten muß. Das Gesamtkabinett hat bisher nur den bekannten Beschluß gegeben, durch Rücksagen des deutschen Botschafters in London sich über verschiedene Stellen der englischen Note eine authentische Interpretation zu verschaffen. Diese Rücksagen sind nun inzwischen im englischen Kabinett erledigt. Das Gesamtkabinett wird sich nunmehr mit dem gesamten Fragenkomplex wahrscheinlich erst wieder beschäftigen, wenn der Bericht des Reichskanzlers vorliegt, der die Arbeiten der Delegationen zu einem vorläufigen Abschluß gelangt sind. Mit einer gewissen Sicherheit kann daher heute mit gesagt werden, daß vor den Pfingstfeiertagen kein deutscher Schritt erfolgt und doch wahrscheinlich auch die größte Hälfte des nächsten Monats so übergehen wird, bis sich aus den verschiedenen Befragungen mit interessierten Kreisen die Möglichkeit eines neuen Vorschlags ergibt. Die Reichsregierung wird wahrscheinlich die Gelegenheit darum zu vereinigen suchen, doch sie auf die verschiedenen gegnerischen Noten in einer gemeinsamen Note antworten. Über den vorausichtlichen Inhalt des erweiterten Angebots etwas zu sagen, wäre heute versucht. Zumindest ist es wahrscheinlich, daß die Garantiefrage diesmal wieder fortäßig behandelt wird, weil momentan von diesem Punkte viel abhängt, in welcher Weise England die notwendigen Verhandlungen mit seinen Verbündeten über den ganzen Fragenkomplex der Reparationen führen wird.

Der „Tempo“ über das kommende Angebot.

Paris, 18. Mai.

Der „Tempo“ schreibt zu den im Anschluß an die gestrigen Nachtragsverhandlungen verdeckten Nachrichten über einen zu erwartenden neuen deutschen Vorschlag, daß Deutschland beabsichtige, so rasch neue Vorschläge zu machen, beweise, daß die vorangegangenen nicht sein letztes Wort gewesen seien. Das sei eine weitere Rechtfertigung für die Ablehnung seitens Frankreichs und Englands. Was das Kabinett nun anbelange, so sei sein Verbleiben in der Regierung eine Warnung für die Gläubiger Deutschlands. Der „Tempo“ resümiert die französische Stellungnahme zu den neuen Vorschlägen Deutschlands im voran wie folgt:

Das nächste deutsche Angebot dürfe von keinerlei Erkrankungen ausschließen oder aufzuhaltenden Charakter abhängig gemacht werden. Es müsse klar und deutlich bestimmte Zahlungen, sei es in Kapital, sei es als Zinsen vorstehen nach Kombinationen, welche die deutsche Regierung mit Hilfe ihrer Räther zugewiesen oder ihre Steuerzahler aufzubringen verstecken. Die Räther, die Frankreich und Belgien im Gemeinschaftsgebiet der beiden Verbündeten mit Beschlag belegt hätten, müssten einen normalen Vertrag liefern und würden nur nach Mahnung der deutschen Zahlungen wieder herausgegeben werden. Die neuen deutschen Vorschläge könnten also nur dann in Betracht gezogen werden, wenn sie die sofortige Einsetzung des passiven Widerstandes vorstellen und angesiechen.

dass das Ruhrgebiet nur im Verhältnis der Zahlungen geräumt werde.

England gegen Vorverhandlungen.

London, 18. Mai.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, die britische Regierung würde allen diplomatischen Erörterungen mit Berlin über die Frage des nächsten deutschen Angebots, das den Schein von Praktiziertheit verhandlungen erwecken könnte, abgeneigt sein. Die geringste Entgleisung bei der bevorstehenden Note könnte sehr ungünstig sein. Es sei jedoch klar, daß Deutschland Reparationshöchstangabe von dem Höchstmaß der deutschen industriellen Produktion abhänge. Vielleicht sei die Formel schon zu Beginn der Verhandlungen gefunden, vielleicht aber sei es auch wiederum, ihre Prüfung zu verzögern, bis daß größere Problem der Reparationen erörtert worden sei und eine Lösung bevorstehe.

Spricht Poincaré die Wahrheit?

Paris, 17. Mai.

In den vereinigten Kammer-Kassenbüros für Finanzen und auswärtige Angelegenheiten gab Poincaré Erklärungen zur Kreditvorlage für die Belebung des Ruhrgebietes ab. Er hat besonders hervor, daß von jetzt ab die Belebungskosten durch die aus dem besetzten Gebiete erzielten Einnahmen gedeckt werden. Die möglichst nach Frankreich und Belgien expedierten Kohlen- und Kohlemengen erreichten zurzeit die Tonnenzahl, die Deutschland vor der Besetzung geleistet habe. (?) Die Einnahmen der Eisenbahngesellschaften seien im Steigen begriffen. Aus dem Fortschritte werden die nennenswerte Einnahmen erzielt. Der Eisenbahn- und Wassertransport ist jetzt ausreichend organisiert, um die Bevölkerung der Rote- und Kohlenstadt zu gewährleisten. Alles sei, allein je zu der Belebung des Ruhrgebietes jetzt in die Phase der Stabilisierung getreten. Die Ausgaben wirken reichlich angewogen durch die erzielten Einnahmen. (?) Die Belebung werde mehr einbringen als man im Anfang glaubte. Frankreich werde es ihm belieben. Es könnte durch die Ruhrbelebung nur gewinnen. Die Regierung sei sich entschlossen, die Ränder, die es beschlossen hat, nicht aus der Hand zu geben, solange Deutschland seine Verpflichtungen nicht erfüllt.

### Sprengungen.

Osterfeld, 17. Mai.

Wegen der Bränden sprengung wurden der Brigademeister Dr. Lünburg und der Polizeikommissar Donnerstag, beide in Osterfeld, als Geiseln festgenommen. Die „Saarbrücker Zeitung“ meidet aus Trier: In der Nacht zum 14. d. M. wurde auf dem Bahnhofsvorplatz eine Sprengung verübt. Sowohl sich feststellen ließ, was auf das Bahnhofsgebäude eine Sprengpatrone gelegt worden, die bei der Durchfahrt eines Zuges explodierte, die Gleise austraf und den letzten Wagen des Zuges zur Entgleisung brachte. Unmittelbar nach Bekanntwerden des Sabotageaktes verhafteten die Franzosen als Geiseln den Beigeordneten Rothe in Schwerin sowie in Höhe des Gemeindeschultheiher, Bürger und Bürger. Über den Umfang des angerichteten Schadens ist nichts zu erfahren, da die Stelle durch Soldaten abgesperrt ist. Dem Vernehmen nach soll es bei Bergrotte ebenfalls zur Sprengung von Bahnanlagen gekommen sein.

Plauderei bei rheinischen Großindustriellen.

Essen, 17. Mai.

Die Franzosen erschien heute vormittags mit fünf Beamten vor der Wohnung des Generaldirektors Tengelmann von den Generalssteinbergwerken und pfändeten seine Möbel wegen der nicht bezahlten Geldstrafe, die Tengelmann durch das Mainzer Urteil im Thyssen-Prozeß wegen der verweigerten Kohlenexquisitionen auferlegt worden ist. Die Strafe war in weitem Umfang von Militär abgesetzt worden. Der gleiche Vorgang spielte sich bei dem ebenfalls in Mainz zu einer hohen Geldstrafe verurteilten Generaldirektor Wöhrelhoff ab. Ein Kommando unter Führung von Offizieren fragte zunächst nach vorhandenen Silber und als sie nichts fanden, ließen sie den Geldschrank öffnen, in dem aber gleichfalls nichts Wertvolles gefunden wurde. Sie beschlagnahmten dann Ledermöbel, Ölgefäße, Smyrnaoptik und das gesamte Mobiliar eines kleinen und eines großen Salons.

Die Revision im Krupp-Prozeß.

Düsseldorf, 17. Mai.

Die Revisionsbegründung im Krupp-Prozeß, hergestellt von den Vertretern Dr. Grimm, Morand und Brüderigam, ist dem französischen Ankläger Abert zugestellt worden. Das Schriftstück erwähnt elf Punkte, in denen vornehmlich Verstöße des Geschäftsjahrs vorliegen. Zusätzlich bestreitet die deutsche Verteidigung die Zuständigkeit der französischen Kriegsgerichte im deutschen Gebiet ganz allgemein. Die Zuständigkeitsfrage ist nach dem Thyssen-Prozeß vom Pariser Hofgericht so widerstreitig behandelt worden, daß man diese Frage auch diesmal wieder ausführlich ansieht, weil man aus prinzipiellen Gründen den Prozeß vor dem Hofgericht bringen will. Einen wesentlichen Vertrag erblieb die Verteidigung weiter darin, daß der Geschäftsbeschluß überhaupt keine Tatbestandsmerkmale besitzt und nur generell einen Vertrag gegen Verordnungen des Generalsdeputate angibt. Die Verteidigung möchte annehmen, es handle sich bei der Anklage um die Ereignisse nur des 31. März, während die Anklage Ereignisse ins Auge sieht, die vor dem 31. März lagen.

Die Revision verworfen.

Düsseldorf, 17. Mai.

Die von Krupp v. Bohlen-Haldach und den Kruppschen Direktoren gegen das Weidendener Kriegsgerichtsurteil eingelegte Revision ist heute vom Kriegsgericht in Düsseldorf verworfen worden. Dagegen wurde die vom Beiratsmitglied Müller eingelagte Revision zugelassen.

Die Frankfurter Feier.

Frankfurt a. M., 18. Mai.

Zu der heute stattfindenden Jubiläumsfeier der Nationalversammlung in der Paulskirche sind von Berlin aus der Reichspräsident, der Reichsflaggenpräsident, mehrere Reichsminister und eine größere Anzahl Reichsabgeordneter, ferner der preußische Ministerpräsident und mehrere Mitglieder seines Kabinetts, der Präsident des preußischen Landtags und eine Anzahl preußischer Landtagsabgeordneter hier eingetroffen. Nur die Deutschen nationalen nehmen an dieser Feier nicht teil, dagegen die Ministerpräsidenten und Abordnungen der Parlamente aus den meisten deutschen Ländern. Heute vormittag fand die Begrüßung von etwa 500 Gästen im Alten Städter Rath. Der Reichskanzler, der in Berlin anwesendlich durch politische Geschäfte festgehalten wird, lädt ein Handschreiben verlesen. Nachmittags 1/2 Uhr, zu der historischen Stunde, begaben sich die Versammelten in die Paulskirche, wo der Reichspräsident auf eine

Anträge des Frankfurter Oberbürgermeisters erwidern wird. Abends erfolgt die Rückreise nach Berlin.

Frankfurt a. M., 17. Mai.

Die zur Teilnahme an der 75-Jahrfeier der Gründung des Frankfurter Parlaments heute fuhr hier eingetroffene österreichische Parlamentabordnung, unter der sich auch die beiden Präsidenten des Nationalrates Dinghofer und Seitz befinden, wurde um 10 Uhr im Römer durch den Oberbürgermeister Dr. Voigt begrüßt. Er erinnerte in seiner Ansprache an das Wort Uhlands, daß Österreich nicht allein die Vaterland für den Osten, sondern in weit höherem Maße berufen sei, die Pulse aber im Herzen Deutschlands zu sein. Die Geschichte sei zwar einen anderen Weg gegangen, als man damals gehofft habe, aber die Sympathie zwischen den beiden Völkern sei die gleiche geblieben. Mit besonderer Wärme hob der Oberbürgermeister die engen Beziehungen hervor, die nie zwischen den Städten Frankfurt und Österreich bestanden hätten.

Im Namen der österreichischen Parlamentabordnung erwiderte Präsident Seitz. Er gab dem lebhaften Bedauern darüber Ausdruck, daß es im Jahre 1848 nicht zum ersehnten Großdeutschland gekommen sei. Gerade in der letzten Zeit, in der Deutschland unter einem so starken Druck steht, nehme Österreich den lebhaften Anteil an seinem Schicksal. Das Wohl beider Völker bedinge es, daß die Zukunft sie eng aneinander schließe.

Der Konflikt zwischen Danzig und Polen.

Warschau, 17. Mai.

Im Sejmabdruck für auswärtige Angelegenheiten sprach gestern der Minister Skrzynski über das Verhältnis der Freien Stadt Danzig zu Polen und legte u. a. die polnische Regierung sei entschlossen, dem Vorgehen des Danziger Senats ein energisches Beilei entgegenzusetzen und die im Vertrag vorgesehenen Rechte Polens zu fordern. Die Freie Stadt Danzig suchte die polnischen Souveränitätsrechte, die der Vertrag in der Weise zum Ausdruck brachte, daß Polen auf dem Gebiete der auswärtigen Politik die Freie Stadt Danzig vor dem internationalen Forum zu verteidigen habe, in Abrede zu stellen; diesem Vertrage müsse ein Ende gemacht werden. Unbegündet und aus der Lust geprägt seien jedoch die Nachrichten, daß Polen seine unweichshafte Rechte unter Anwendung von Gewalt zur Geltung zu bringen beabsichtige.

Polnische Zerstörungswut.

Königsberg, 17. Mai.

Hente nach wurden in Königsberg sämtliche deutsches Firmenschilder zerstört, abgerissen oder überrundet. Alle Geschäfte der Geschäftsräume der deutschen Ministerie in Polisch-Oberschlesien, des „Oberschlesischen Kreises“, wurden zertrümmert. Bereits vor dem Nationalfeiertag der Polen am 3. d. M. war allen deutschen Kaufleuten die Zerstörung ihrer Geschäfte angedroht worden. Hente vormittag fand die Begrüßung von etwa 500 Gästen im Alten Städter Rath. Der Reichskanzler, der in Berlin anwesendlich durch politische Geschäfte festgehalten wird, lädt ein Handschreiben verlesen. Nachmittags 1/2 Uhr, zu der historischen Stunde, begaben sich die Versammelten in die Paulskirche, wo der Reichspräsident auf eine

**Vereinbarungen zwischen den**

**Pariser Außenpolitischen Plänen.**  
Paris, 12. Mai.  
Der tschechoslowakische Minister des Außen-Dr. Benesch hat mit dem Souveränenrat des "Partei-Paixen", der den Marschall Pétain auf seiner Reise begleitete, eine Unterredung und erklärte ihm u. a.: Da wir kein militärisches Abkommen mit Frankreich haben, steht die Frage unserer militärischen Lage nicht auf der Tagordnung. Gewiss wird Pétain die von der französischen Militärausmission geleistete Arbeit prüfen und damit unseres militärischen Organismus und unserer Soldaten lernen. Die alte Friedensgarantie in Mitteleuropa würde ein Einverständnis zwischen der Tschechoslowakei und Polen sein.

Dieses Einverständnis ist höchstwahrscheinlich und wird kommen. Alle Delegations, die sich ihm widerlegen, sind furchtlose Politiker. Wir haben 300 Jahre mit Wien gekämpft; aber in drei Jahren haben wir es dank gebracht einen Vertrag abgeschlossen, der einen Friedensschutz absicherlich macht. Wir haben unseren Freunden von seither eine halbe Milliarde Kronen geliefert. Das Einverständnis mit Wien ist vollkommen. Wir werden auch dazu kommen, mit Polen die Frage zu regeln, die 45 Millionen Menschen interessiert. Die Regierung muss ausgegeben werden. Wie müssen unsere Meinungsverschiedenheiten dadurch regeln, dass wir zu einer realistischen Politik zusammenseien.

**Für eine Reform der Landverteilung.**

**Ein großzügiger Auftrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.**

Berlin, 17. Mai.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion will, wie der "Borussia" mitteilte, dem Reichstag bei seinem Wiederaufzammentreffen einen Antrag unterstellen, der eine grundlegende Reform der Bodenverteilung und Bodennutzung anstrebt, deren Ziel die Sicherung des landwirtschaftlichen Ertrages sein soll. Nach diesem sehr umfangreichen Antrag sollen vor allem die Betriebsgrößen von mehr als 750 Hektar landwirtschaftlich oder 100 Hektar forstwirtschaftlich benutzten Boden verpflichtet sein, den überschüssigen Teil an das Reich gegen den für die Bevölkerung zur Vermögenssicherung liegenden Wert der Grundfläche abzutreten. Der Wald soll dauernd im Eigentum des Reiches verbleiben. Bei der Bewertung des landwirtschaftlichen Bodens soll nach Möglichkeit das Bedürfnis der Siedlung in ihren verschiedenen Formen berücksichtigt werden. Betriebsfrechte sollen dem Reich, den Ländern und den Gemeinden gesichert werden, auch soll ein Reichsbodenwirtschaftsamt geschaffen werden, das gewisse Mindestforderungen für die landwirtschaftliche Bodennutzung vorschreibt und bei Überschreitung die Enteignung ohne Rücksicht auf die Betriebgröße gestattet.

**Die Schranke ohne Ende.**

**Zur Erhöhung der Kohlenpreise.**  
Die Wogenartige Kohlenpreiserhöhung, die wieder beschlagen worden ist, wird in ihrer Wirkung auf den Warenmarkt die bedenklichsten Folgen haben. Die Arbeitnehmer im Reichsstaat haben sich der Preiserhöhung nicht verschließen können, weil tatsächlich eine wesentliche Erhöhung der Löhne — um ungefähr 40 Proz. — im Kohlenbergbau unvermeidlich war, und weil außerdem die vorgeschlagene Preisabschaltung um 25,9 Proz. hinter der Steigerung der Produktionskosten, wie man sie sonst den Kohlenpreissteigerungen zugrundelegt, zurückblieb. Das Geschickteste an dieser Kohlenpreiserhöhung ist, dass sie bis zu einem hohen Grade zwangsläufig durch die Geldentwertung herbeigeführt wurde, und dass sie mit einem einzigen Schlag die Kohlenpreise über den Höchststand hinausgeschüttet hat, den sie vor Heraushebung des Kohlensteuern eingehabt haben. So kostet jetzt rheinisch-westfälische Heizkohlesteine die Tonnen 142,510 M., während sie bisher 141,117 M. und vor der Heraushebung der Kohlensteuer 129,400 M. gekostet hatte.

Die Wirkung der Heraushebung der Kohlensteuer oder auf die allgemeine Wirtschaft ist gering geblieben. Nur die gemeinnützigen Betriebe, insbesondere kommunale Gas- und Elektrizitätsgesellschaften, haben ihre Tarife erhöht. Im allgemeinen aber sind die Fabrikatpreise des Inlands, ohne Rücksicht auf die Verbilligung der Kohle, weiter erhöht worden, und dem Reichstag aus eine wesentliche Einnahme hat, wie von Warnecke vorausgesprochen wurde, lediglich zu einer Vereinfachung der Interessen geführt. Trotz der Kohlenpreiserhöhung haben sich Eisen und Holz mit der Salut weiter verbessert, die Steigerung der Lebenshaltungskosten hat die Erhöhung der Bergarbeiterlöhne nach sich gezogen und so die Kohlenpreissteigerung beschleunigt. Danach ist es ganzlich falsch, zu betonen, dass die Kohlenpreiserhöhung lediglich auf die gestiegenen Löhne zurückzuführen ist. Die Gemütlösung der Kohlensteuer erwies sich als ein schwerer Fehlschlag. Wenn man der Bewertung auf allen anderen Gebieten freien Lauf lässt und nicht mit einem entschiedenen Ausbau der Marktpraktikation, endlich einmal die Preisstruktur zum Stillstand bringt, so wird auch diese Kohlenpreiserhöhung nicht die leiste gewesen sein, um die verhängnisvolle Kreislauft der Geldentwertung wieder fortsetzen. Selbstverständlich ist, dass mit der Vereinfachung der Betriebsfrechte, die jetzt schon allenthalben in drückendstem Maße spürbar ist, auch die Höhe anderer Betriebsgruppen unverzüglich in die Höhe gesetzt werden müssen.

**Höhere Postgebühren?**

Wie wir erfahren, ist vornehmlich mit Wirkung vom 1. Juli ab, eine neue Erhöhung der Post-, Telegraphen- und Telefongebühren zu erwarten. Diese Erhöhung erwies sich, wie von zuständiger Stelle bestont wird, mit Rücksicht auf die häufig steigenden Materialpreise sowie die Heraufsetzung der Eisenbahntarife als nötig. Da welches Maßstab sich die neue Erhöhung bewegen wird, steht noch nicht fest, es wird aber angenommen, dass sie 100 Prozent betragen wird.

**Die Besoldungsfragen.****Unzufriedenheit der Gewerkschaften.**

Das in dreitägiger Verhandlung zwischen der Reichsregierung und den Spitzenorganisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten erzielte Ergebnis hat die Zustimmung der Gewerkschaften nicht gefunden. Der Sprecher der Verhandlungs-Kommission erklärte am Schluss der Beratungen, dass auch die neuen von der Regierung jetzt bewilligten Bezüge in den unteren Gruppen das Existenzminimum nicht erreichen, doch andererseits die angemessene Behandlung bei der Erhöhung der höheren Sonderzuschläge durch die neuen Zulagen nicht erreicht werde, und deshalb die Organisationen ihre Zustimmung zu dem Verhandlungsergebnis verlassen müssten. Dass sich die Verhandlungskommission mit ihrem ablehnenden Standpunkt in Übereinstimmung mit den Mitgliedern im Lande befindet, beweisen die bis jetzt vorliegenden meldungen über die Aufnahme der Bohr- und Schalldämmungen in den Kreisen der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Das Reichsbesoldungsblatt Nr. 25 enthält bereits die vom Reichsfinanzministerium aufgestellten Richtlinien zur Neuregelung der Arbeiterschäfte, so dass die Auszahlung der Differenzbezüge noch vor dem Pfingstfest erfolgen kann. Die Tarife, die noch zweitäliger gründlicher Verhandlung über die Erhöhung der Arbeiterschäfte die Voraussetzung für die Auszahlung der neuen Bezüge geliefert werden konnten, während über die Beamtenbezüge noch beraten wurde, beweist am besten, wie nachdrücklich auch in dieser Beziehung die getrennten Besoldungsverhandlungen für die Beamten sind. Also, was zur Erhöhung erwidert Bezüge an den ersten beiden Verhandlungstage von den Vertretern der Spitzenorganisationen ausgespielt wurde, möglicherweise noch am nächsten Tage, bei der Beratung über die Beamtenbezüge, noch einmal wiederholt werden, aber nicht nur das. Die Regierung wollte diesmal, wie schon bei früheren Gelegenheiten, die Leistungskktion für Mai mit einer Beratung der neuen Grundgehälter, die voraussichtlich erst ab 1. Juli in Wirklichkeit treten, verknüpfen. Die Gründe sind sehr naheliegend. Die Beamten brauchen, genau so wie die Arbeitnehmer, dringend Geld, und wenn die Regierung die Möglichkeit hat, die Vorlage zu den neuen Grundgehältern rasch zu verabschieden, so fällt es ihr leichter, hohe Spannungen zwischen den eingeschlossenen Besoldungsgruppen durchzuführen, als bei einer gründlichen Beratung, wie sie von den Gewerkschaften gewünscht wird. Zu diesem Grunde hat die Verhandlungskommission es abgelehnt, die Leistungskktion für Mai mit der Beratung der Grundgehälter zu verknüpfen und sich vorbehalten, zu der Vorlage der Regierung erst innerhalb der Organisationen Stellung zu nehmen. Die Regierung hat dann auch den Verlangen der Gewerkschaften beachtung gebracht und zunächst, in Anlehnung an die den Arbeitern gewohnte Auseinandersetzung der gesamten Bezüge um 48,1 Proz. den Beamten nach langem Zögern 48,1 Proz. bewilligt. Beim Vergleich der beiden Leistungsktionen musste allerdings berücksichtigt werden, dass nach wie vor die ungerechte Wirkung der offiziellen Sonderzuschläge bestehen bleibt.

Nachdem die Regierung alle weitergehenden Forderungen der Beamtenvertreter abgelehnt hat, muss die Leistungskktion für den Monat Mai als beendet angesehen werden.

**Plündermanöver des „Regiments München“.**

München, 12. Mai.

Die 29. Hundertschaft Rohrdorf der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei veranstaltete am Mittwoch einen sogenannten Deutschen Abend mit dem ausgesprochenen Ziel, gegen die Justizbehörden ihres Führers Rohrdorf zu protestieren. Das Verhandlungstafel im „Hofbräuhaus“ stand unter dem Schutz besonderer Sicherungen während der gesuchten Versammlung.

Diese Versammlung verlor mit dem üblichen nationalsozialistischen Gepräge, wobei die Kameradschaft einer besondern Rolle fiel. Von den Anhängerinnen des Führers Hitler ist nur seine Ablösung bewertet worden, dass „Regiment München“ der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei über Plünderungen nach Rohrdorf ansetzt. Man darf einigermaßen gespannt sein, wie dieser militärische Sammelauflauf unter dem neuen sozialen Ausdruck nun verlaufen wird. Es ist ja die Regierung wohl eine gewisse Berechtigung, dass das Regiment, das bei seiner letzten Kapitulation, am 1. Mai einige seiner Waffen abließ, seine diesmalige Abfahrt 60 km von der davorliegenden Hauptstadt entfernt abhält.

**Die Freiheit der Organisation C.****Drei Todesurteile?**

Die Statuten der Organisation C (Geschäft) besagen u. a.: Bevölker verfallen der Gemeinde! Mehr als ein ratselhaftes Lob in den Reihen der nationalsozialistischen Gedenkreiter scheint bisher schon den Beweis zu liefern, dass diese Staatserkrankung kein leeres Wort ist. Denn wer bestellt ist, kann kein Geheimnis dieser geheimnisvollen Kreise mehr verbauen. Eine vielzügige Zusammenstellung von Zeugnissen einer Freiheit in der Bildmutter Gogeb bringt ein Schwerter Blatt.

Ein Simplicius Bauer aus Niedersachsen war in den Rathaus-Mord verwickelt, begab sich deshalb von Weißenburg nach München und wurde dort kurz darauf ermordet. Als die Orgel in Weißenburg in Blüte stand, tauchte ein junger Zeuge Engelbrecht in Bismarck auf; der war als Blücheroffizier aufgezogen und selbst den Fourie in weite Ferne. Selbstverständlich stellte er eine grobe Rolle in dem Verhandlungsvertrag der Orgel dar. Aber schließlich hörte sich heraus, dass seine Siege im Lustkampf und sein Leben gleichermassen schwanden waren. Doch er nutzte allzu kleinen Einblick in die Mistküche der Reichsradikalisten gewonnen haben: Kurz darauf „der englische“ er tödlich in der Lübecker. Ob der „Bund der Niederbayerischen“ die Orgel abgelöst und niederliche Gläserne zur raschen Verbindung seiner Mitglieder eingerichtet hatte, wurde bei einem besonders räuberischen Händler, einem gewissen Otto in Bismarck, eine Haushaltung vorgenommen. Daraufhin ist auch er jetzt tödlich in der Lübecker verstorben. Alle drei werden also schweigen und niemand mehr etwas ausplaudern von dem, was sie geschenkt, erfahren oder gehört haben. Will es so die Freiheit?

**Graf Waldersee über Wilhelm II.**

I.

Seit den Tagen des Weltkrieges sind zahlreiche Lebenserinnerungen von Männern erschienen, die in den letzten Jahren und Jahrzehnten in der deutschen Politik irgendwo hervorgetreten sind. Weit handelt es sich um Veröffentlichungen von Leuten, die in den Tagen des versloffenen alten Systems in mehr oder minder einflussreichen Stellungen des obrigkeitsstaatlichen Apparates als Militär- oder Zivilpersonen, als Minister, Staatssekretäre, Diplomaten oder Generäle im wilhelminischen Zeitalter das Lot entschieden der preußisch-deutschen Monarchie unbewusst und zwangsläufig mit haben werden helfen. Der größte Teil der Memoirenreiter, unter denen nur einige neue wirklich wertvolle Einblicke in die politische Geschichte gebracht haben, so z. B. Freiherr von Schröder in die verhängnisvolle Fehlertheorie des wilhelminischen deutschen Außenpolitik zeigt das deutsche Kaiserreich, die eigene Person zu entlasten, andere zeitgenössische Handlungen preußisch-deutscher dynastischer Macht und Prachtkonsolidierung aber zu belassen. Einer schreibt dem anderen die Schuld an den Wilhelminischen und Augusteischen der für das deutsche Volk so schädlichen Kriegen in die Schuhe. Durch diese vielfach ungeschminkt zutage tretenden eigenbürtigen Tendenzen wird der geschichtswissenschaftliche Wert einer so stark von persönlichen Radikalisierungen bestimmten Literatur erheblich eingeschränkt.

Neuerdings ist nun ein Memoirenwerk der wilhelminischen Zeit der Öffentlichkeit übergeben worden, das anders zu bewerten ist, als die reiche Galerie sonstiger politischer Radikalschriften: „Die Denkwürdigkeiten des Generalfeldmarschalls Alsted Grafen v. Waldersee“, bearbeitet und herausgegeben von Heinrich Otto Meissner, 2 Bände (Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt). Der Name des ehemals viel genannten Generalfeldmarschalls, der Generalleutnant Georg

Graf v. Waldersee, hat die Herausgabe der Tagebuchblätter seines bereits im Jahre 1913 verstorbenen Onkels veranlasst. Der Verfasser hat also den Ausbruch des Weltkrieges und den Anbruch der preußisch-deutschen Okkupationszeit selbst nicht mehr erlebt. Seine Aufzeichnungen sind darum nicht eine post festum geschaffene Nachberichtung, wie sie viele andere politische Erinnerungsbücher dieser Tage, sondern unter den frischen, freilich auch wechselnden Einblicken der jeweiligen Tagesereignisse durch Jahrzehnte hindurch zu Papier gebrachte fortlaufende Niederschriften.

Graf Waldersee ist lange Jahre hindurch von der Toone besonderer Gunst preußischer Könige und deutscher Kaiser beschienen worden. Darum machte er auch, was er selbst nicht verhielt, eine ungewöhnliche Karriere. Bis 38 Jahre alt, war er kurze Zeit vor Kriegsende im Jahre 1870 preußischer Militärlieutenant in Paris. Er nahm an der Kriege teil als Adjutant des Kaisers und später als Generaladjutant eines Armeekorps an der Seite. Nach dem Kriege amtierte er während der deutschen Okkupation in Frankreich als deutscher Gesandtschaftsrat in Paris. Anschließend wurde er noch 1871 Kommandeur des XI. Armeekorps in Hannover. Im Jahre 1881 kehrte Graf Waldersee als Generalquartermaster zurück zur Unterstützung des alten Kaiserreichs nach Berlin. Dort ging er fast täglich am Hofe aus und ein.

Für die sozialistische Arbeiterbewegung, ihre Grundlagen, Triebskräfte und Ziele hatte Waldersee bei all seiner sozialen Klugheit nicht viel mehr Verständnis als der ganz feudalistisch-militärische Gesellschaftsgeist, dem er angehörte. Ja, er gab sich dem Wahne hin, die Sozialdemokratie müsse den Religion überwinden zu können! Der Einfluss seiner Frau, einer dignen Amerikanerin, mag dabei mitgewirkt haben. Er trat in enge Beziehungen zu dem bekannten antisemitischen Hochprediger Elsässer und dessen sozial-konservativem

Amtang. Unfehlbar hat Waldersee versucht, auch den damaligen Prinzen Wilhelm im Sinne seiner politischen Ideen zu bestimmen. Da er gleichzeitig in der Außenpolitik einem Prädilektionsobjekt gegen Russland das Wort redete, so geriet er bald in einen scharfen Gegenvorwurf zu Bismarck, der mit Russland nicht brechen wollte. Der unsocialen Herrscherin Bismarck war überdies auch der frömmlende Pseudo-Sozialismus der Süder-Deutsche, der ihm schon viel zu große Begeisterung entlockte. Die Orgel abgelöst und niederliche Gläserne zur raschen Verbindung seiner Mitglieder eingerichtet hatte, wurde bei einem besonders räuberischen Händler, einem gewissen Otto in Bismarck, eine Haushaltung vorgenommen. Daraufhin ist auch er jetzt tödlich in der Lübecker verstorben. Alle drei werden also schweigen und niemand mehr etwas ausplaudern von dem, was sie geschenkt, erfahren oder gehört haben. Will es so die Freiheit?

wilhelminischen Periode, teils vom Verfasser ungewollt, teils durch kritische Beleuchtung von seiner Seite offenbar. Nach die Fehler und Unzulänglichkeiten des durch seine feindsame Abneigung und Umgebung in seinem Vorstellungsbild stark bedingten Waldersee treten nur in Erziehung. Gerade dadurch aber werden die Eindrücke, die das Memoirenwerk vermittelte, vervollständigt. Die Aufzeichnungen gewähren in das geistig schrale, dabei korrupte Leben und Treiben, in die Intrigenwirtschaft der obersten Schicht der im alten Staate Preußen herrschenden Klasse einen überraschenden und darum außerordentlich lehrreichen Einblick. Man kann das Tagebuch Waldersees als ein Kompendium der Unvollkommenheiten und Entartungserscheinungen des Monarchismus im allgemeinen und des preußisch-militärischen Domänenstaates des Kaiserreichs bezeichnen. Das Werk ist für Anhänger der monarchischen Verfassungsform von einem zweifellosen Monarchen geschrieben worden. Den Republikanern von heute wird es mit als Rüstzeug dienen. Der gut monarchische Verfasser hat sich sicher nicht trümmern lassen, welche schärfste Waffe er mit seinen Aufzeichnungen den Anhängern der Republik bereitstellt. Die Bilder und die Charakterbeschreibungen des Berliner Hoflebens und in den um den Hof sich gruppierenden Gesellschaftskreisen sind Waldersee, trotz seiner konservativen Einstellung, nicht verborgen geblieben. Er spricht allgemein und immer wieder auch in Einzelheiten sehr offen darüber. Nur eine Stelle sei hier wiedergegeben. In I. Band, S. 273 der Erinnerungen schreibt der Verfasser unter dem 4. Februar des Jahres 1886, also noch zu Zeiten Wilhelms I.:

„Die ganze Angelegenheit (es handelt sich um einen hier nicht näher interessierenden Streitfall der obersten Gehorten) hat große Unzufriedenheit in unsere obersten Schichten gebracht. Bei dieser Gelegenheit kommen die







